Als vor fast 10 Jahren die NachDenkSeiten das Licht der Welt erblickten, kritisierte Albrecht Müller in unserem allerersten Artikel eine Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Seitdem begleiten uns die Kampagnen der INSM in steter Regelmäßigkeit – wer auf den NachDenkSeiten nach „INSM“ such, kommt auf stolze 1.320 Treffer. Wie zu befürchten war, versucht die INSM nun auch mit einer aktuellen Kampagne Einfluss auf die kommenden Koalitionsverhandlungen zu nehmen. Da die maßgeblich von Wolfgang Clement erarbeitete aktuelle Kampagne mit dem Namen „Chance 2020“ im Grunde alter neoliberaler Wein aus neuen Schläuchen ist, auf den wir bereits unzählige Male inhaltlich eingegangen sind, wollen wir Ihnen an dieser Stelle eine vierteilige Serie anbieten, in denen wir Ihnen zahlreiche Gegenargumente zu den 21 Forderungen der Chance 2020 an die Hand geben. Im dritten Teil geht es heute um die Themenfelder „Bildung“ und „Sozialversicherung“. Von **Jens Berger**.

Themenbereich „Bildung“

11. **Je früher, je besser: Bildungsinvestitionen in den ersten Lebensjahren verstärken**

> *Wir fordern, die Bildungsinvestitionen stärker in Richtung der ersten Lebensjahre zu verschieben. Es muss uns gelingen, die Vererbung von Bildungsbiografien zu durchbrechen, indem der Staat deutlich mehr in die Chancengerechtigkeit von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Haushalten investiert. Die Richtung muss lauten: öffentliche Bildungsinvestitionen da, wo alle profitieren (frühkindlich), private da, wo Chancen nur für bestimmte Gruppen entstehen (Studium). Das heißt aber auch: Gegenfinanziert werden muss eine solche Investitionsverschiebung von denjenigen, die später die höchstmögliche Qualifizierung erreichen, nämlich den Akademikern. Sie müssen an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligt werden. Studiengebühren sind deshalb gerecht. Sie verhindern Umverteilung von unten nach oben. Und: Studiengebühren müssen den Hochschulen direkt zukommen und damit den Ausfall der staatlichen Zuschüsse kompensieren, am besten überkompensieren. Außerdem: Studiengebühren und die staatliche Besicherung von Studienkrediten sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Zugang zur Hochschule muss unabhängig vom eigenen Vermögen und Einkommen allen mit entsprechender Qualifikation offenstehen.*

INSM – Chance 2020

Die Argumente der INSM hatte Wolfgang Lieb bereits im Jahre 2008 in seinem Artikel „Bildungsreform als Herrschaftsinstrument“ widerlegt.

Weitere Artikel zum Thema Studiengebühren und Ökonomisierung, mit denen die Propaganda der INSM widerlegt werden kann:

- Wolfgang Lieb – „Herrschaft durch Meinungsmache? – Einfluss und Interesse des Bertelsmann-Konzerns an der Ökonomisierung des Bildungssystems.“
- Wolfgang Lieb – Die Privatisierung der Politik – Markt und Wettbewerb steuern die Bildung
- Wolfgang Lieb – WZB-Studie: Studiengebühren sollen keinen negativen Effekt auf die Studierneigung haben – oder: wie die gewählte Untersuchungsmethodik zum erwünschten Ergebnis führt
- Wolfgang Lieb – Die Studiengebührenbefürworter machen wieder mobil
- Jens Wernicke – Kostenlose Kindergärten vs. Bezahlstudium?
- Jens Wernicke – Was StudiengebührenbefürworterInnen behaupten und was man dem entgegen setzen kann

Zur Debatte um „Chancengerechtigkeit“:

- Jens Wernicke – Was ist das Ziel der Bildungspolitik?
- Wolfgang Lieb – Fluchtpunkt „Chancengerechtigkeit“ – Oder: Wie die INSM über die Einkommens- und Verteilungsungerechtigkeit hinwegzutäuschen versucht

12. **Leistung belohnen: Qualität der Schulbildung durch Marktanreize verbessern**

> *Wir fordern leistungsorientierte Vergütung von Pädagogen, Lehrern, Hochschullehrern sowie eine Abschaffung der Verbeamtung von Lehrern. Nur wer die Möglichkeit hat, in seinem Beruf aufzusteigen, sich weiterzuentwickeln, geht motiviert durch das Berufsleben. Die*

> *vorgegebenen engen Möglichkeiten – sowohl in Bezug auf Hierarchien als auch auf Besoldung – etwa innerhalb der Beamtenlaufbahn schaffen weder Anreize noch die Motivation, sich stetig im Job weiterzuentwickeln und damit den Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Qualifizierung zukommen zu lassen. Lehrer sollten deshalb mit motivierenden Anreizem ihre Leistung steigern dürfen. Und auch Schulen brauchen den Anreiz, sich um Schüler bemühen zu wollen und für gute Bildungsangebote belohnt zu werden. Die Schulen benötigen dafür deutlich mehr Freiheiten als heute. Wie es sein sollte: Die Aufgabe des Staates ist die Vorgabe von Bildungsstandards, die Schulen suchen im Interesse der Schüler und der eigenen Institution nach dem richtigen Weg, dieses Ziel zu erreichen.*

INSM – Chance 2020

„Marktanreize“ und „leistungsorientierte Vergütung“ – das hört sich für den unvoreingenommenen Leser natürlich toll an. Wer die Sprache des Neoliberalismus beherrscht, derer sich die INSM (nicht nur) hier bedient, weiß jedoch, dass diese Forderungen darauf hinauslaufen, Lehrer schlechter zu bezahlen.

Zum Thema „Bildung und Markt“ sind auf den NachDenkSeiten u.a. folgende interessante Artikel erschienen:

- Wolfgang Lieb – Die Privatisierung der Politik – Markt und Wettbewerb steuern die Bildung
- Wolfgang Lieb – Häufig gestellte Fragen: Welche Ziele verfolgt Bertelsmann in der Hochschulpolitik?
- Wolfgang Lieb – Unternehmen Universität – Wie die manageriale Revolution die akademische Forschung und Lehre verändert
- Wolfgang Lieb – Von der „Selbstständigen“ zur „Kommunalen Schule“
- Wolfgang Lieb – Manager erobern die Unis
- Jens Wernicke – Marktbereitung im Bildungssystem
- Jens Wernicke und Jochen Krautz – Sanfte Steuerung neu verpackt:

Bildungslobbyisten mit neuer Strategie

Und: Jens Wernicke – „Hochschule im historischen Prozess“ [PDF – 3.9 MB], rezensiert von Wolfgang Lieb.

13. **Ohne Wachstum kein Wohlstand: Innovation fördern, Mobilität steigern**

> *Wachstum braucht Innovation. Innovation entsteht durch Wissen. Deshalb brauchen wir unter anderem mehr Fachkräfte. Das wird nur gelingen, wenn Studienbedingungen verbessert und die Qualität des Bildungssystems erhöht werden; wenn die soziale Durchlässigkeit zunimmt, die Zahl der ausländischen Studierenden gesteigert wird und mehr Frauen sogenannte MIMT-Berufe ergreifen. Gleichzeitig gilt es, die realen und digitalen Austauschwege stetig zu verbessern. Verkehrswege müssen den wachsenden Bedürfnissen nach Mobilität angepasst werden, digitale Verkehrswege müssen für den Wettbewerb geöffnet sein. Denn: Ohne Austausch auf Märkten lassen sich keine Wohlstandsgewinne erzielen.*

INSM – Chance 2020

Auch zu diesem Themenbereich haben die NachDenkSeiten zahlreiche Artikel verfasst, die geeignet sind, um die Argumente der INSM zu widerlegen:

- Wolfgang Lieb – “Liegt halb richtig, bei wem 2+2=5 ergibt?” – Eine Kontroverse um Evalutation, Bildungsstandards und Kompetenzen
- Wolfgang Lieb – Bildungschancen und Verteilungsgerechtigkeit
- Wolfgang Lieb – Nationale Bologna-Konferenz
- Wolfgang Lieb – Bildungs(bananen)republik auf einen Blick
- Jens Wernicke – Du bist Deutschland – zu teuer!
- Ingrid Lohmann – Was bedeutet eigentlich »Humankapital«?

Themenbereich „Sozialversicherung“

14. **Beschäftigung stärken: Gesundheitskosten von Arbeitskosten schrittweise entkoppeln**

> *Um Arbeitskosten zu senken, soll der einkommensunabhängige Anteil zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sukzessive erhöht werden. Konkret: Wir fordern, die steigenden Finanzierungskosten zukünftig über Zusatzbeiträge mit einer einkommensabhängigen maximalen Belastungsgrenze statt über Beitragssatzerhöhungen zu finanzieren. Zur Stärkung des Wettbewerbs kann jede Krankenkasse die Höhe des Zusatzbeitrages selbst bestimmen.*
>
> *Zudem: Um eine Lenkungswirkung zu entfalten und die Zahl unnötiger Arztbesuche zu reduzieren, fordern wir die Einführung einer anreizoptimierten Praxisgebühr. Statt wie bis Ende 2012 die Gebührenerhebung quartalsweise durchzuführen, sollte stattdessen bei jedem Arztbesuch eine Gebühr erhoben werden (von Ausnahmen, etwa chronische Erkrankungen, abgesehen).*
>
> *Außerdem sollen alle Umverteilungskomponenten (versicherungsfremde Leistungen) über Steuern finanziert werden. Die kostenlose Mitversicherung für Ehegatten und Lebenspartner ist abzuschaffen. Sie ist ungerecht, weil Singles Paare subventionieren. Darüber hinaus verhindert sie den Einstieg in Arbeit. Der infolge der Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung zu zahlende Beitrag könnte sich am Mindestbetrag für freiwillig Versicherte in der GKV orientieren.*

INSM – Chance 2020

Wen mag die INSM wohl einen Gefallen tun, wenn sie die „einkommensabhängigen“ Anteile zur Krankenversicherung einfrieren will? Bekanntlich ist die gesetzliche Krankenversicherung ursprünglich paritätisch finanziert war – das heißt Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen jeweils die Hälfte. Ein Einfrieren des „einkommensabhängigen“ Anteils würde schlussendlich dazu führen, dass die Arbeitgeberseite von kommenden Beitragserhöhungen ausgenommen wird und sich die Verteilung der Anteile noch stärker zu Lasten des Arbeitnehmers verschiebt. Für

eine arbeitgeberfinanzierte Lobbyorganisation argumentiert die INSM hier logisch. Aber warum nennt sie ihre eigentlichen Ziele nicht beim Namen?

Die anderen Forderungen der INSM haben die Absicht, das GKV-System zu schwächen und das darbende PKV-System vor sich selbst zu retten. Auch hier argumentiert die INSM nicht nur unlauter, sondern auch durchschaubar.

Zum Themenbereich auf den NachDenkSeiten:

- Wolfgang Lieb – INSM und Raffelhüschen: Angriff auf die Familie
- Jens Berger – 15% Rendite auf Kosten der Patienten – ein Irrweg der Privatisierung
- Jens Berger – Das Schneeballsystem der privaten Krankenversicherung droht zu kollabieren
- Jens Berger – Sollbruchstelle im Gesundheitssystem
- Jens Berger – Schwarz-Gelb führt den Sozialausgleich im GKV-System ad absurdum

15. **Beitragszahler entlasten: Renteneintritt an Lebenserwartung koppeln**

> *Um der steigenden Lebenserwartung und der verbesserten Gesundheit im Alter Rechnung zu tragen, fordern wir mittelfristig die Kopplung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Dabei wird ein Teil der hinzugewonnenen Lebenszeit auf eine längere Lebensarbeitszeit verwendet. Dabei orientiert sich das Verhältnis Lebenserwartung/Renteneintrittsalter am aktuellen Verhältnis von Erwerbs- und Ruhestandsphase. Aktuell ist das Erwerbsleben rund doppelt so lang wie der Ruhestand. Stiege mit jedem zusätzlichen Lebensjahr das gesetzliche Renteneintrittsalter um acht Monate, würde sich daran künftig nichts ändern. Im Jahr 2030 läge das Rentenalter dann nach heutigen Prognosen der Lebenserwartung bei 67 Jahren und acht Monaten, im Jahr 2050 bei 70 Jahren und vier Monaten. Außerdem gilt: Die vollzogenen Reformen dürfen nicht zurückgedreht werden, und der eingeschlagene Weg der Förderung von kapitalgedeckten Renten muss konsequent*

> *weitergegangen werden. Zwar ist auch eine kapitalgedeckte Altersvorsorge nicht gegenüber demografischen Entwicklungen immun, doch hat die Kapitaldeckung einen entscheidenden Vorteil: Durch die Möglichkeit der globalen Anlage wird das nationale Demografieproblem umgangen und das Risiko gestreut.*

INSM – Chance 2020

Wie alle Befürworter eines höheren Renteneintrittsalters ignoriert auch die INSM die Produktivitätssteigerung. Die gesetzliche Rente krankt nicht an demographischen Problemen, sondern an der Unterminierung der Einnahmenbasis zugunsten privater Altersvorsorgemodelle (z.B. durch das Alterseinkünftegesetz von 2005) und der Finanzierung der gesetzlichen Rente, die sich ausschließlich auf einen Teil des Einkommens sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer stützt. Würde man die Finanzierungsbasis erweitern, gäbe es auch keinen Grund, das Renteneintrittsalter zu erhöhen – im Gegenteil.

Zum Themenbereich „Rente“ auf den NachDenkSeiten:

- Albrecht Müller – Die 5+ Unwahrheiten und Zumutungen des Professor Un-Sinn
- Albrecht Müller – Das wahre Motiv für die Erhöhung des Renteneintrittsalters bleibt meist verborgen: es ist schlicht ein Verkaufsargument
- Albrecht Müller – Armut im Alter – Schicksal oder gesellschaftliches Versagen? Absicht! Und weitgehend vermeidbar
- Wolfgang Lieb – SPD-Werbebroschüre für die Rente mit 67: Statt Fakten und Argumente mal wieder Mythen und falsche Behauptungen
- Wolfgang Lieb – Der kollektive Aufstand der Medien gegen die Diskussion um eine Aussetzung der Rente mit 67
- Wolfgang Lieb – „Deutscher Alterssurvey“- Die Rente mit 67 ist eine Kopfgeburt
- Wolfgang Lieb – Sachverständigenrat – 2070: Rente erst ab Ableben
- Jens Berger – Bernd Raffelhüschen bläst zur Lobbyisten-Polka

- Norbert Blüm – „Die Rente ist noch immer sicher!“

zum Thema „Riester-Rürup-Täuschung“ haben die NachDenkSeiten eine eigene Kategorie mit mittlerweile 45 Artikeln, die sie gerne als Archiv für Gegenargumente nutzen können. Daraus u.a.:

- Albrecht Müller – Die totale Manipulation ist möglich – Musterbeispiel Demographie und Altersvorsorge
- Albrecht Müller – Das Gerede über Demographie und Kapitaldeckung ist ein klassischer Fall von Brainwashing – Auszug aus einem alten und aktuellen Text
- Albrecht Müller – Demographie – eine ziemlich nutzlose und vielfach missbrauchte Wissenschaft
- Wolfgang Lieb – „Renten-Schock-Tabelle“ – ein logisches Ergebnis der neoliberalen Schock-Strategie

16. **Pflegeversicherung: Leistungen kürzen, kapitalgedeckte Eigenvorsorge stärken**

> *Um die Arbeitskosten nicht noch weiter ansteigen zu lassen und die SPV weniger anfällig gegenüber demografischen Entwicklungen zu machen, muss die kapitalgedeckte private Pflegeversicherung ausgebaut werden. Die staatliche Zulagenförderung für bestimmte private Zusatzversicherungen (Pflege-Bahr) reicht nicht aus, um die finanzielle Nachhaltigkeit zu stärken. Gleichzeitig müssen die Leistungen der SPV überprüft werden, um den Anstieg des Beitragssatzes zu begrenzen.*

INSM – Chance 2020

Wenige überraschend geht es der INSM auch beim Thema „Pflegeversicherung“ ausschließlich um eine Reduktion der „Arbeitskosten“ und eine Stärkung privater Versicherungsmodelle geht.

Zum Thema auf den NachDenkSeiten:

- Wolfgang Lieb – INSM-Kampagne für die private Pflegeversicherung – diesmal mittels einer manipulierten Forsa-Umfrage?
- Wolfgang Lieb – Ein neuer Anlauf für den „Pflege-Riester“
- Wolfgang Lieb – Nach dem Flop der Riester-Rente nun auch noch der „Pflege-Bahr“
- Jens Berger – Pflege-Riester – die Politik knickt einmal mehr vor den Lobbyinteressen ein
- Jens Berger – Bernd Raffelhüschen bläst zur Lobbyisten-Polka

Lesen Sie morgen im vierten und letzten Teil unsere Gegenargumente zu den Themenfeldern „Energie“ und „Europa“